Rat verabschiedet Haushalt für 2023

Grüne und UWG stimmen gegen den Etat

Das Minus wird etwas geringer

Von Vera Szybalski

Die Kosten, die unter anderem für die Unterhaltung, die Bewirtschaftung oder Ausgaben für Strom, Gas und Reinigung für die ehemalige Jubi im nächsten Jahr wohl anfallen, hat die Gemeinde Nordwalde neu im Haushalt für 2023 aufgeführt. Foto: Vera Szybalski

NORDWALDE. Der Rat der Gemeinde Nordwalde hat am Dienstagabend den Haushalt für 2023 verabschiedet. Während CDU, SPD und FDP für den Etat stimmten, votierten Grüne und UWG dagegen. Die Gemeinde plant mit einem Minus von 387 370 Euro im kommenden Jahr, das im Vergleich zur Haushaltseinbringung um rund 200 000 Euro geringer ausfällt.

Das ist nicht zuletzt auf die Kreisumlage zurückzuführen, von der die Gemeinde wohl rund 165 000 Euro weniger an den Kreis Steinfurt überweist als bei der Etateinbringung angenommen. Nordwalde erhält andererseits 45 800 Euro weniger an Schlüsselzuweisungen vom Land. An Mieten für die Unterbringung von Geflüchteten in der ehemaligen Jubi und in der Unterkunft an der Bispingallee 48 rechnet die Gemeinde mit höheren Einnahmen um 141 000 Euro. Die Ausgaben für die sogenannte Ukraine-Hilfe stellt Nordwalde im Haushalt für 2023 isoliert dar. Damit tauchen diese als außerordentliche Erträge auf. Die Summe erhöht sich im Vergleich zur Einbringung von 428 000 Euro auf 550 000 Euro.

An Kosten unter anderem für die Unterhaltung, die Bewirtschaftung oder Ausgaben für Strom, Gas und Reinigung für die ehemalige Jubi kommen im nächsten Jahr 205 000 Euro hinzu. Die geplanten Ausgaben für die Container der Gemeindeverwaltung entfallen hingegen nach dem Verkauf. 300 000 Euro wird die Gemeinde für die Büromodule in 2023 voraussichtlich erhalten.

Über Anträge der Fraktionen musste der Rat am Dienstagabend nicht entscheiden, nachdem die Grünen ihre drei zurückgezogen hatten. Fraktionssprecher Oliver Hesse erläuterte noch mal, warum die Grünen die Anträge eingebracht hatten und setzte eine Spitze in Richtung der Christdemokraten ab: „Wie die Diskussionen im Haupt- und Finanzausschuss gezeigt haben, hat die CDU als entscheidende Fraktion mit der absoluten Mehrheit keine eigene Meinung, sondern folgt wie eigentlich meistens der Meinung der Bürgermeisterin.“ Letztere habe im Hauptausschuss deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Verwaltung in Sachen Digitalisierung und Klimaschutz „sehr gut aufgestellt und Unterstützung von außen absolut überflüssig sei“, sagte Hesse. „Wir nehmen die Bürgermeisterin beim Wort und ziehen die Anträge hiermit zurück. Frau Bürgermeisterin: Überzeugen Sie uns.“

Mit dem Haushalt für 2023 ist auch die Erhöhung der Grundsteuer B beschlossene Sache. Der Hebesatz steigt von 475 auf 493 Prozentpunkte. „Die Anpassung der Grundsteuer B auf den fiktiven Hebesatz tragen wir mit, die Erhöhung ist moderat und im Gegensatz zu anderen Kommunen bleiben die weiteren Gebührenhaushalte unverändert“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Tobias Elshoff.

Die FDP kann die Erhöhung ebenfalls mittragen. „Wenn es hier nur um die Mehreinnahmen für 2023 ginge, würden wir einer Erhöhung des Hebesatzes heute nicht zustimmen“, sagte Fraktionsvorsitzender Klaus Grummel. „Wir müssen hier aber auch an die Gemeindehaushalte der nächsten Jahre denken. Und da können wir es uns auch im Hinblick auf den defizitären Verwaltungshaushalt nicht leisten, bei einem Hebesatz unterhalb des fiktiven Satzes zu verbleiben. Wir würden damit bewusst auf Schlüsselzuweisungen in den nächsten Jahren verzichten.“

Die UWG befürwortete die Erhöhung „wie im letzten Jahr“, sagte Fraktionsvorsitzender Ludwig Reichert. Damals sei diese aber abgelehnt worden.